

Plädoyer für eine moderne Entspannungspolitik

von Joachim Schuster



⇒ Joachim Schuster ist Politikwissenschaftler und war über viele Jahre in der Bremer Landespolitik aktiv, u.a. als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft und von 2006-2011 als Staatsrat für Arbeit, Jugend und Soziales. Seit 2014 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und arbeitet dort aktuell u. a. im Wirtschafts- und Handelsausschuss.

Foto: © www.joachim-schuster.eu

Am 27.2.2022, drei Tage nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine, hat Olaf Scholz im Bundestag eine Zeitenwende konstatiert. Seither ist viel geschrieben worden, was die Zeitenwende ausmacht. Dominant ist in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine konfrontative Lesart, die in unterschiedlichen Spielarten von CDU/CSU, der FDP, den Grünen bis hin zu Teilen der SPD geteilt wird. Wesentliche Elemente dieser Lesart sind: Der völkerrechtswidrige russische Angriff ist eine irreparable Zerstörung der europäischen Sicherheitsordnung. Das nationalistische, manchmal auch als faschistisch bezeichnete Russland unter Putin sei in Zukunft zu keiner friedfertigen Kooperation mehr fähig. Deutschland müsse der Ukraine zügiger mehr und schwerere Waffen liefern, damit diese sich effektiv gegen Russland wehren und ihr völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen könne. Denn Russland könne nicht anders gestoppt werden und muss dementsprechend auf dem Schlachtfeld besiegt werden. Das sei nicht nur ein Gebot der Solidarität mit dem überfallenen Staat, sondern auch im ureigenen Interesse, denn die Ukraine kämpfe stellvertretend für Demokratie und unsere Werte. Zudem würde Russland im Falle eines Sieges weitere europäische Staaten überfallen. Der Krieg sei im Kern Teil einer globalen Auseinandersetzung zwischen den westlichen Demokratien und autoritären Diktaturen, wobei China die größte Bedrohung für die freie Welt darstelle. Auch deshalb dürfe die Ukraine den Krieg nicht verlieren. Und klar sei, dass die Entspannungspolitik - häufig

sogar verplättet als naiver Glaube an „Wandel durch Handel“ oder fälschlicherweise gleichgesetzt mit der Appeasement-Politik vor dem Beginn des 2. Weltkrieges - versagt habe. Aufrüstung sei in der jetzigen Situation einfach unverzichtbar. Und Deutschland und Europa - gemeint sind meistens nur die EU-Staaten - dürften sich in dieser weltpolitischen Situation nicht nur um Bündnisverteidigung und die europäische Sicherheitsarchitektur kümmern. Es sei von besonderer Bedeutung, unsere Interessen an der Seite der USA politisch, wirtschaftlich wie auch militärisch im Indo-Pazifik vor allem gegen China zu vertreten. Denn die immer wieder postulierte wertorientierte Außenpolitik erfordere es, überall auf der Welt - notfalls auch militärisch - für demokratische Werte und Freiheiten einzutreten.

Sicherlich befördert der russische Krieg gegen die Ukraine derartige Deutungsmuster. Aber angesichts der Tiefe der in dem Krieg zum Ausdruck kommenden geopolitischen Veränderungen sollte gründlicher analysiert werden. Gerade die SPD mit ihrer langen friedenspolitischen Tradition steht hier besonders in der Pflicht, andere Antworten zu entwickeln als die skizzierte Konfrontationspolitik, die ein gefährliches Eskalationspotential beinhaltet.

Ohne Zweifel ist der Überfall Russlands auf die Ukraine ein Rückfall in längst vergangen geglaubte Zeiten imperialistischer Politik, die übrigens wenig mit der Epoche der Systemkonkurrenz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gemein hat. Denn dies war eine geteilte Welt, mit klaren Hegemonialmächten in ihrem jeweiligen Lager und - als Konsequenz aus der gerade noch einmal entschärften Kuba-Krise 1962 - dem Verzicht auf gegenseitige kriegerische Auseinandersetzungen. Die heutige Konstellation weist dagegen einige Ähnlichkeiten mit den Jahrzehnten zuvor auf. Nachdem England als globale Hegemonialmacht zunehmend abgedankt hatte, erhoben die damaligen Großmächte jeweils Ansprüche auf andere Länder und führten zu diesem Zweck auch

erbitterte Kriege. Allerdings sollten die Analogien nicht zu weit getrieben werden, weil sich die heutigen Interessenlagen der verschiedenen Staaten deutlich von denen der Zeit des klassischen Imperialismus unterscheiden. Neu ist auch der für alle Staaten letztlich existenzbedrohende Klimawandel, der nur gemeinsam bekämpft werden kann. Und auch die Existenz von Nuklearwaffen stellt einen gravierenden Unterschied zum bekannten Zeitalter des Imperialismus dar.

Geopolitische Umbrüche

Die an die Phase des Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert erinnernden geopolitischen Umbrüche begannen nicht erst im Februar 2022, sondern sind eine schon länger andauernde Entwicklung. Der russische Überfall auf die Ukraine markiert einen brutalen Höhepunkt dieser Veränderungen. Aber letztlich ist der russische Angriffskrieg erst möglich geworden vor dem Hintergrund einer fundamentalen Verschiebung der globalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

Nach dem Ende der Systemkonfrontation mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte sich unter unangefochtener Führung der USA eine scheinbar unipolare Weltordnung durchgesetzt. Polit-ökonomisch kann diese Ordnung als neoliberale Globalisierung bezeichnet werden, die für fast alle Staaten zum Leitmotiv wurde. Kennzeichnend für diese Ordnung waren u. a. die Liberalisierung der Märkte, die Durchsetzung von Freihandel, die Zurückdrängung der Politik aus dem Wirtschaftsprozess und die Dominanz der Finanzmärkte als privatwirtschaftliche Steuerungsinstanz. Im Ergebnis entwickelte sich eine internationale Arbeitsteilung, in der die Wertschöpfungsketten im Wesentlichen nach dem Kriterium der Kostenminimierung organisiert wurden. Ökonomisch entstanden dadurch neue gegenseitige Abhängigkeiten der verschiedenen Staaten und Weltregionen. Politisch war dies gekoppelt an zum Teil auch erfolgreiche Versuche, liberale Demokratien als Staatsform zu etablieren. Diese Form der Globalisierung ermöglichte einerseits Wohlstandsgewinne für nahezu alle Staaten. Ande-

rerseits nahmen gleichzeitig die sozialen und regionalen Spaltungen in und zwischen den Staaten zu. Und heute wird zusätzlich deutlich, dass dieses Wirtschaftsmodell nicht geeignet ist, den Herausforderungen des Klimawandels konsequent zu begegnen.

Das Modell der neoliberalen Globalisierung hat dementsprechend deutlich an Ausstrahlungs- und Gestaltungskraft verloren. Der Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte 2008/09 offenbarte die gravierenden immanenten Widersprüche des Systems. Seither ist es nicht gelungen, die neoliberale Globalisierung umfassend zu stabilisieren und auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen, der der großen Mehrheit der Staaten eine adäquate Entwicklungsperspektive sichert. Der USA als Hegemonialmacht gelingt es immer weniger, die zunehmende Spaltung der amerikanischen Gesellschaft einzudämmen. Ebenso wenig ist die USA in der Lage, ihre internationalen Funktionen als Hegemonialmacht auszufüllen und die auftretenden internationalen wirtschaftlichen und politischen Widersprüche zu ordnen und damit das internationale System zu stabilisieren. Trotz ihrer nach wie vor vorhandenen militärischen Überlegenheit gelingt es ihr nicht, erfolgreich als globale Ordnungsmacht zu agieren.

In der Folge dieser Entwicklung hat die USA spätestens unter Präsident Trump einen Strategiewechsel vollzogen. Unter dem Stichwort „America First“ sollen die wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA im Zweifel auch konfrontativ gegen den Rest der Welt durchgesetzt werden. Der aktuelle Präsident Joe Biden agiert zwar deutlich weniger aggressiv als Trump, hat die Konfrontationspolitik und die vorrangige Orientierung an amerikanischen Interessen allerdings nicht grundlegend verändert. Dabei werden manches Mal auch bisherige europäische Verbündete als direkte Gegner gesehen. China wird in dieser ideologischen Konstruktion als der bedeutendste Widersacher der USA begriffen. Und die Auseinandersetzung mit China beschränkt sich nicht auf einen umfassenden Wirtschaftskrieg, sondern geht mit einer neu-

en Bündnispolitik wie auch mit militärischen Drohgebärden der USA in Indochina einher.

Die neue Gegnerschaft hat Gründe: China hat sich - gestützt auf ein ökonomisch durchaus erfolgreiches staatszentristisches Wirtschaftsmodell - als globale Alternative zu den USA entwickelt und die Auseinandersetzung um die globale Hegemonie mit den USA offensiv aufgenommen. Bis zum Jahr 2049 - 100 Jahre nach der sozialistischen Revolution - strebt die chinesische Regierung an, das Land zur ökonomisch, politisch und militärisch stärksten Macht der Welt zu entwickeln. Dieser Anspruch wird untermauert durch großdimensionierte weltwirtschaftliche Ambitionen - etwa der „Belt-and-Road-Initiative“ oder dem Aufbau eines alternativen Währungsfonds - wie auch durch massive Aufrüstung, die allerdings bei weitem noch nicht die Dimensionen des US-Militärs erreicht hat.

Diese veränderte geopolitische Lage zwingt alle anderen Staaten, sich in diese neue Konstellation einzuordnen. Ein „weiter so“ wie in der unipolaren Welt der letzten Jahrzehnte wird es nicht geben. Gleichzeitig eröffnet die neue geopolitische Konstellation vielen Staaten des globalen Südens neue Handlungsoptionen zur Durchsetzung ihrer selbst definierten nationalen Interessen, die sie selbstbewusst im Rahmen von Zusammenschlüssen wie etwa der BRICS-Staaten oder der Afrikanischen Union oder als Einzelstaaten wie Indien nutzen. Sie werden zum Teil aber auch neue begehrte Objekte der Neuordnung von Einflusszonen dominanter Staaten(-verbünde). Hier unterscheidet sich das konstruierte demokratische Lager übrigens wenig von dem konstruierten autokratischen Lager. Einige (Groß- oder Mittel-)Mächte – nicht nur Russland, sondern beispielsweise auch die Türkei, Iran oder Saudi-Arabien – sehen sich dabei zum Teil ermutigt, auch mit Waffengewalt neue Realitäten zu schaffen, zumal multilaterale Institutionen wie die UN oder die OSZE an Gestaltungskraft verloren haben und keine machtvolle globale Ordnungsmacht mehr vorhanden ist. Im Ergebnis nehmen die Unsicherheit und Krisenhaftigkeit der internationalen Beziehungen zu, zumal inzwischen politische

Strategien mancher Staaten den in der Zeit der Systemkonkurrenz faktisch ausgeschlossenen Einsatz von Atomwaffen als reale Option betrachten.

Diese fundamentalen Veränderungen ideologisch als einen Kampf zwischen Demokratien und Autokratien zu interpretieren, greift viel zu kurz, weil es weder einen homogenen Block demokratischer Staaten noch einen Block autokratischer Staaten gibt. Vielmehr sind in beiden konstruierten Lagern sehr ausdifferenzierte, zum Teil auch widerstreitende Interessen der verschiedenen Staaten existent. Im „demokratischen Lager“ wurde dies in der Zeit der Präsidentschaft von Donald Trump offensichtlich. Der Austritt Großbritanniens aus der EU wie auch die in vielen Bereichen vorfindbaren Entscheidungsblockaden in der EU verweisen auf innereuropäische Differenzen. Und im „autoritären Lager“ gilt ähnliches. Trotz der von beiden Regierungen zu Beginn des Jahres postulierten engen Freundschaft trifft dies auch auf das Verhältnis zwischen China und Russland zu, das neben vielen Gemeinsamkeiten auch wichtige Differenzen aufweist. Ebenso macht eine platte Zuordnung der Länder des globalen Südens entweder zum chinesischen oder westlichen Einflussbereich in der aktuellen Umbruchperiode keinen Sinn. Der „Westen“ sollte sich allerdings klar darüber werden, dass die Länder des globalen Südens durch die geopolitischen Umbrüche die Möglichkeit erhalten, sich von der alten Hegemonialordnung der neoliberalen Globalisierung partiell unabhängiger zu machen oder sich sogar ganz davon zu verabschieden. Viele Länder werden versuchen, die sich damit für sie ergebenden Chancen zu ergreifen, da sie von der bisherigen multilateralen Ordnung nur begrenzt profitiert haben.

Eine geopolitische Konfrontationslogik ist perspektivlos

Angesichts der hier nur kurz skizzierten geopolitischen Umbrüche ist es wenig sinnvoll und erfolgversprechend, eine neue globale Sicherheitsarchitektur auf der eingangs skizzierten bipolaren Konfrontationslogik aufzubauen, und zwar aus mehreren Gründen:

Schon die erste Erfolgsvoraussetzung für eine solche Strategie, eine weitgehende Interessenidentität, die auch zu politisch gleichgerichteten Konzeptionen führt, ist im westlichen, demokratischen Lager nicht gegeben. Die USA sind politisch tief gespalten und damit nur schwer berechenbar für die europäischen Partner. Trotz rascher gemeinsamer Reaktionen auf die Corona-Krise wie auch auf den russischen Angriffskrieg ist der Zusammenhalt der EU keineswegs gesichert. Die unterschiedliche Betroffenheit und die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten bezüglich der ökonomischen Folgen des Krieges und der großdimensionierten Energiekrise in Europa verdeutlichen das innereuropäische Konfliktpotential.

Eine dauerhafte Konfliktstrategie beinhaltet zweitens ein gefährliches militärisches Eskalationspotential. Selbst der Einsatz von Atomwaffen ist durch die Drohungen Putins eine reale Bedrohung geworden.

Und schließlich sind die Bewältigung des Klimawandels und eine deutliche Reduzierung globaler Armut - die ja durch den Klimawandel in den nächsten Jahren noch zunehmen und für viele Menschen etwa in Hungersnöten zur existenziellen Bedrohung werden wird - in einem konfrontativen Umfeld deutlich schwerer, wahrscheinlich sogar überhaupt nicht zu erreichen.

Eckpunkte einer modernen Entspannungspolitik

Statt globaler Konfrontation gilt es eine alternative internationale Politik zu entwickeln, die einerseits den neuen militärischen Bedrohungen etwas entgegensetzt und andererseits eine neue Qualität globaler Kooperation zur Bekämpfung des Klimawandels und der globalen Armut mit zu erwartenden großdimensionierten Hungersnöten ermöglicht. Die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr ist in diesem Kontext keineswegs überholt. Im Gegenteil, sie bietet wichtige Orientierungspunkte für die neue zu entwickelnde Politik globaler Kooperation.

Entspannungspolitik in der Systemkonfrontation basierte nie auf dem naiven Glauben, durch wirtschaftliche Zusammenarbeit würden gegenseitige Vorteile und Abhängigkeiten geschaffen, die es für die beteiligten Staaten unsinnig machen würden, gegeneinander Kriege zu führen. Ebenso wenig glaubte man an die Friedfertigkeit der Sowjetunion. Entspannungspolitik versuchte vielmehr ein realistisches Bild der Interessen der beteiligten Staaten zu entwickeln. Gleichzeitig konnte in beharrlicher Überzeugungsarbeit verankert werden, dass im Zeitalter von Atomwaffen ein Krieg zwischen den Systemen keinen Sieger haben wird und unter allen Umständen verhindert werden muss. Damit verbunden waren Bestrebungen, die Wahrung der territorialen Integrität aller Staaten völkerrechtlich zu verankern. Die Stärke des Rechts sollte das Recht des Stärkeren ablösen. Internationale Organisationen wie die UN oder die OSZE erhielten eine zentrale Bedeutung. Militärisch basierte die Entspannungspolitik auf hinreichenden Abschreckungsfähigkeiten, wobei allerdings stets versucht wurde, gleichzeitig gegenseitige Abrüstung und Rüstungskontrolle verbindlich zu vereinbaren. Das basierte auf der Überzeugung, dass Sicherheit dauerhaft nur gemeinsam gewährleistet werden kann. Die im Laufe der Zeit intensivierte wirtschaftliche Kooperation diente dazu, die gegenseitige Vorteilhaftigkeit der Zusammenarbeit zu unterstreichen. Die Entspannungspolitik entfaltete ihre Wirkmächtigkeit nicht von heute auf morgen, sondern konnte sich erst in einem längeren diplomatischen Prozess durchsetzen. Ausgangspunkt war übrigens die Kuba-Krise als Ergebnis einer vorhergehenden Phase der Konfrontationspolitik zwischen den USA und der Sowjetunion, die die Welt an den atomaren Abgrund geführt hatte. Zu diesen Elementen gesellte sich in der 80er Jahren das Konzept der umfassenden Sicherheit. Dies fußte auf der schlichten Erkenntnis, dass dauerhafter Frieden nur zu erreichen ist, wenn wichtige Konfliktursachen wie Umweltschädigungen und Hunger parallel bekämpft werden.

Sicherlich wird es in der heutigen multipolaren Welt schwieriger sein, eine moderne Entspannungspolitik im Detail zu konzipieren. Zudem gibt es heute keine unangefochtenen

Hegemonialmächte in ihrem jeweiligen Lager, sondern im Gegenteil eine Auseinandersetzung um eine globale Hegemonie zwischen den USA und China. Aber es kann angeknüpft werden an Erkenntnisprozesse der internationalen Staatengemeinschaft in den letzten Jahrzehnten, auch wenn diese noch nicht mit adäquaten politischen Umsetzungsstrategien unterlegt sind. So hat die Staatengemeinschaft mit der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens anerkannt, dass der Klimawandel nur so stoppen ist, wenn alle Staaten dem Klimaschutz eine herausgehobene Priorität zukommen lassen. Und auch die immer wieder betonten Sustainable Development Goals der UN belegen die Einsicht, dass Entwicklung alle begünstigen muss.

Aktuelle Handlungsfelder

Auf die aktuelle Lage bezogen ergeben sich daraus aus meiner Sicht folgende Handlungsfelder:

Sicherlich wird die militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine fortgesetzt werden müssen. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass dabei weder die EU-Staaten noch die NATO zur Kriegspartei werden. Das setzt Grenzen bei Waffenlieferungen. Wichtig ist zudem, dass immer wieder parallel diplomatische Initiativen ergriffen werden, um verheerende Eskalationen des Krieges zu vermeiden, humanitäre Hilfen zu ermöglichen und perspektivisch einen Waffenstillstand als Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen zu erreichen. Dass Diplomatie erfolgreich sein kann zeigen die Verhandlungen zu den Getreideausfuhren wie die Bemühungen um die Sicherheit des Atomkraftwerks in Saporischschja. Und auch auf der letzten UN-Vollversammlung im Dezember haben sich wichtige Staaten der Weltgemeinschaft wie u. a. China und Indien für diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges ausgesprochen.

Die Entscheidung, die Verteidigungsfähigkeit der europäischen Staaten deutlich zu verbessern, ist ein weiterer richtiger Schritt. Allerdings darf dies nicht der Beginn einer dauerhaften militärischen Aufrüstungsspirale

werden. Abstrakte Festlegungen, dass der Verteidigungsetat der NATO-Staaten dauerhaft bei zwei Prozent des BIP liegen sollte, sind Unsinn, zumal schon heute die europäischen NATO-Staaten jährlich dreimal so viel Geld für Rüstung ausgeben wie Russland. Bestrebungen, dass die europäischen Staaten sich auch militärisch im indo-pazifischen Raum engagieren sollen, sollten ebenfalls abgelehnt werden. Und es gilt auch heute schon die Anstrengungen zu verstärken, um internationale Vereinbarungen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa wie global zu erreichen.

Sämtliche Schritte in diesem Kontext sollten in enger Absprache innerhalb der EU vorgenommen werden. Das dabei Deutschland als größtem und wirtschaftlich stärkstem Mitgliedstaat eine herausgehobene Bedeutung zukommt, steht außer Frage. Das heißt aber vor allem, dass Deutschland immer wieder Initiativen ergreifen und Anstöße geben muss. Das sollte aber nicht verwechselt werden mit einer Führungsrolle, wie sie von manchen gefordert wird. In der EU kann und wird es auf absehbare Zeit keine führenden Länder auf der einen Seite und geführte Länder auf der anderen Seite geben.

Die EU darf ihr Engagement nicht auf den europäischen Kontinent beschränken. Als zivile und wirtschaftliche Großmacht ist die EU prädestiniert für eine herausragende Rolle zur Schaffung einer multilateralen Ordnung des Rechts, die die weltweite Bekämpfung des Klimawandels und die Bekämpfung von Armut und Hungersnöten in den Mittelpunkt stellen sollte.

Eine solche moderne Form der Entspannungspolitik wird angesichts der gravierenden Destabilisierung durch den russischen Angriffskrieg nicht kurzfristig zu einer neuen stabilen Friedensordnung führen, weder in Europa noch global. Vieles braucht einen langen Atem und manche Rückschläge werden zu verkraften sein. Ebenso wenig gibt es eine Blaupause für die zu ergreifenden Handlungsschritte. Das sollte aber nicht dazu führen, einer vermeintlich einfacheren aber im Ergebnis verheerenden Konfrontationspolitik zu folgen. ■